|  |  |
| --- | --- |
| Ein Bild, das Text enthält.  Automatisch generierte Beschreibung |  |
|  |  |
|  |  |
| **Studierendenparlament der JLU Gießen**Otto-Behagel-Str. 25Haus D35394 Gießen |  **Juso Hochschulgruppe Gießen** Grünberger Str. 140 Gebäude 620 35394 Gießen hsg@jusos-giessen.de |
|  |  |

Gießen, den 27.02.2022

**Antrag an das 59. Studierendenparlament der JLU Gießen**

**Antrag zum Ukraine-Konflikt**

Die Juso-Hochschulgruppe Gießen reicht folgenden Antrag (I.) unter entsprechender Begründung (II.) ein.

**I. Antrag**

Das Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität Gießen möge Folgendes beschließen:

1. Wir verurteilen den Angriffskrieg auf die Ukraine und fordern ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und die Aufnahme von Friedensverhandlungen.
2. Wir solidarisieren uns mit der ukrainischen Studierendenschaft und fordern die Justus-Liebig-Universität Gießen, sowie das Studierendenwerk Gießen auf, vorhandene Strukturen zu nutzen, um ukrainischen Studierenden eine Fortsetzung ihres Studiums zu ermöglichen.
3. Das Studierendenparlament der JLU Gießen erteilt dem Allgemeinen Studierendenausschuss und dem Präsidium des Studierendenparlaments ein Mandat, für Spendenaktionen für ukrainische Kriegsbetroffene zu werben.
4. Wir betonen die Wichtigkeit einer Zivilklausel für die JLU und der Friedensforschung, um nicht mittelbarer Teil kriegerischer Auseinandersetzungen zu sein. Gerade in Zeiten bewaffneter Konflikte und militärischer Aufrüstung ist es unabdingbar die Universitäten als einen entmilitarisierten Raum zu erhalten.
5. Wir solidarisieren uns mit der russischen Friedensbewegung, in der Berichten zufolge auch Studierende einen großen Teil ausmachen.
6. Studierende mit russischer Nationalität sollen das Recht haben, in Deutschland zu bleiben und dürfen nicht der Möglichkeit beraubt werden, ihr Studium fortzusetzen. Die Einfrierung der Zusammenarbeit des DAAD mit russischen Universitäten darf nicht die Studierenden treffen. Sie stehen nicht für den militärischen Aggressor

**II. Begründung**

Der Antrag wird wie folgt begründet: Der Einmarsch Russlands unter Wladimir Putin in die Ukraine ist in höchstem Maße zu verurteilen. Die Ukraine ist ein souveräner Staat, der das alleinige Recht besitzt, über sein Territorium zu entscheiden. Ein Bruch dieser Ordnung ist nicht nur ein Angriff auf eine Nation, sondern ein Angriff auf eine Weltordnung, welche maßgeblich dazu beigetragen hat, dass der diplomatische Weg zum primären Mittel der Konfliktlösung wurde. Trotz der beschränkten Möglichkeiten des Studierendenparlaments Einfluss auf diesen Konflikt zu nehmen, möchten wir uns dafür aussprechen, dass regionale Strukturen bestmöglich genutzt werden. Am besten können wir dies tun, indem wir Geflüchteten Obdach bieten und uns mit der ukrainischen Studierendenschaft solidarisieren.

Wir bitten um Zustimmung.

Mit den besten sozialen und kollegialen Grüßen,

Michael Emig

Juso Hochschulgruppe Gießen